

Erklärung der Delegiertenversammlung der Bundestierärztekammer

Die Delegierten der Frühjahrsversammlung der BTK in Berlin lehnen den „Entwurf einer Verordnung zur Durchführung der Narkose mit Isofluran bei der Ferkelkastration durch sachkundige Personen“ (FerkNarkSachV) entschieden ab.

Narkosen beim Tier sind, ebenso wie beim Menschen, hochkomplexe Vorgänge, die nicht nur die Durchführung, sondern auch Vorbereitung, Überwachung und Nachsorge des Patienten umfassen, ebenso wie das Erkennen und Behandeln von Narkosezwischenfällen.

Voraussetzung dafür ist das Studium der Tiermedizin. Aus diesem Grund ist in Deutschland die Durchführung von Narkosen bei Wirbeltieren Tierärzten vorbehalten (§ 5 TierSchG). Die Bundesregierung plant nun aus rein wirtschaftlichen Interessen eine Änderung dieser Situation durch Anwendung von § 6 (6) TierSchG.

Dies ist tierschutzrelevant, denn in einem Crashkurs kann keinesfalls die Sachkunde wie im Studium erworben werden. Es wird von der Bundesregierung bewusst der Tod von Ferkeln in Kauf genommen. Dies verstößt gegen das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz und gegen arzneimittelrechtliche Vorschriften.

Zusätzlich wird durch die Narkose mit Isofluran die Umwelt belastet und es treten arbeitsschutzrelevante Belastungen für den Anwender auf.

Die Delegierten der Bundestierärztekammer protestieren aufs Schärfste gegen die durch die Bundesregierung präferierte Verordnung zur Durchführung der Narkose mit Isofluran bei der Ferkelkastration durch andere sachkundige Personen als Tierärzte.

Berlin, den 30.03.2019

[Stellungnahme von BTK und BbT zum Entwurf einer Verordnung zur Durchführung der Narkose mit Isofluran bei der Ferkelkastration durch sachkundige Personen](#)

Die Bundestierärztekammer ist eine Arbeitsgemeinschaft der 17 Landes-/Tierärztekammern in Deutschland. Sie vertritt die Belange aller rund 41.000 Tierärztinnen und Tierärzte, Praktiker Amtsveterinäre, Wissenschaftler und Tierärzte in anderen Berufszweigen, gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit auf Bundes- und EU-Ebene.